

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -

Datum: 13.05.2014

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:34 Uhr - 19:42 Uhr

Vorsitz: Frau Bürgermeisterin Petra Wessler

Beschlussfähigkeit

Soll:	13	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	12	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Jürgen Konrad	Fraktion FDP	Kur
Herr Dr. Gerhard Schultz	CDU-Ratsfraktion	private Gründe

Unentschuldigt

Herr Udo Ehrhardt	sachkundiger Einwohner
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

Frühzeitiges Verlassen

Herr Johannes Richter	sachkundiger Einwohner	18:40 Uhr; TOP 7.3; Studium
-----------------------	------------------------	-----------------------------

Stadtratsmitglieder

Frau Jacqueline Drechsler	SPD-Fraktion
Herr Dr. Dieter Füsslein	Fraktion FDP
Herr Klaus Möstl	SPD-Fraktion
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion
Herr Thomas Scherzberg	Fraktion DIE LINKE
Herr Heiko Schinkitz	Fraktion DIE LINKE
Frau Verona Schinkitz	Fraktion DIE LINKE
Herr Martin Schmidt	BÜNDNIS 90/Die Grünen
Herr Falk Ulbrich	CDU-Ratsfraktion

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Margitta Hochmuth	CDU-Ratsfraktion	i. V. für Herrn Fritzsche
Herr Dr.-Ing. Volkmar Schubert	CDU-Ratsfraktion	i. V. für Herrn Dr. Schultz
Herr Gordon Tillmann	Fraktion FDP	i. V. für Herrn Konrad

sachkundige Einwohner

Herr Bernhard Herrmann
Herr Frank Heymann
Herr Bernd Weber

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Börries Butenop	Amtsleiter Amt 61
Herr Peter Börner	amt. Amtsleiter Amt 67
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66
Frau Carina Kühnel	Abteilungsleiterin Abt. 36.1
Herr Thomas Michalla	Abteilungsleiter Abt. 61.2
Herr Dr. Thomas Scharbrodt	Amtsleiter Amt 36
Herr Frank Schubert	Leiter SE 17
Frau Grit Winkel	Sachgebietsleiterin SG 67.24
Herr Michael Winkelmann	Leiter ZVS

Schritfführer

Herr Thomas Haase	Sachbearbeiter Abt. 15.4
-------------------	--------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Die **Ausschussvorsitzende Frau Bürgermeisterin Wesseler** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und der anwesenden Stellvertreter bekannt.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) beantragt, die Tagesordnungspunkt 8.1 bis 8.8 von der Tagesordnung abzusetzen und auf eine außerplanmäßige Sitzung am 03.06.2014 zu vertagen. **Herr Herrmann (sachkundiger Einwohner)** weist darauf hin, dass auch zu diesen Themen interessierte Bürger anwesend sind, die dann umsonst gekommen wären.

Abstimmung über den Antrag auf Vertagung: mehrheitlich bestätigt
(11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Frau Bürgermeisterin Wesseler führt aus, dass mehrere Stadträte die Bitte an sie herangetragen haben, zum Tagesordnungspunkt 6 eine Anhörung der Bürgerinitiative „Lärmschutz B174“ durchzuführen.

Abstimmung über die Durchführung der Anhörung: einstimmig bestätigt
(12 Ja-Stimmen)

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich - vom 15.04.2014
-

Gegen die Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie ist somit **genehmigt**.

- 4 Informationen zum Umbau des Stadions an der Gellertstraße
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig teilt mit, dass zum 30.04.2014 ca. 3,8 Mio. Euro netto verausgabt wurden, darunter auch für den Teilabbruch des Bahndepots sowie Rückbau, Erdarbeiten und Gründung der Süd- und Nordtribüne. Durch den Generalübernehmer seien zehn Gewerke beauftragt wurden, davon seien fünf Firmen im Raum Chemnitz und Umgebung angesiedelt, drei Firmen in Sachsen, eine Firma in Thüringen und eine Firma überregional. Es liegen sechs Teilbaugenehmi-

- 3 -

gungen vor für den Rückbau Nord-Südtribüne, den Rückbau des südlichen Teils der Westtribüne und Anpassung an Spielbetrieb, die Baumfällungen, die Gründungsarbeiten für die Südtribüne, Baugrundverbesserung und Fundamente Nord-Südtribüne und Anlagen unter der Tribünenkonstruktion Nord- und Südtribüne (Bodenplatte, Wände, Stützen). Die Unterlagen für die Gesamtbaugenehmigung wurden durch den GÜ schrittweise überarbeitet.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) bittet darum, dass künftig nicht nur die Anzahl der Vergaben sondern auch das Bauvolumen benannt werden. **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** sagt zu, dass dies versucht werde.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) fragt, ob man dem Zeitplan hinterher hänge und ob dadurch weitere Kosten entstehen. **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** verneint dies. Derzeit befinde man sich nicht im Verzug. In der ersten Berichterstattung in der kommenden Wahlperiode werde der Zeitplan konkret vorgestellt.

Frau Richter (Referentin 00.1) teilt auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** mit, dass die Leuchttechnik in den Fluchtlichtmasten aufgewertet wird, aber auch zum Teil erhalten bleibt.

5 Sachstandsbericht zum Chemnitzer Modell

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) teilt mit, dass gegenwärtig die Planung für die Reitbahnstraße erfolgt; der Bau sei für 2015 geplant. Für die Stufe 2 im Verkehrsverbund sei das Ziel, 2016 mit dem Bau zu beginnen. Parallel dazu seien städtebauliche Maßnahmen geplant. Ebenso solle eine Wende- oder Abstellmöglichkeit für das Chemnitzer Modell geschaffen werden; hierzu solle die Bernsdorfer Straße genutzt werden.

Für die Reichenhainer Straße habe man sich für ein Konzept entschieden, welches den KfZ-Verkehr verringere aber dennoch nicht komplett ausschließt. Am Südbahnhof solle die Vorfläche neu geordnet werden und die Kreuzung durch einen Kreisverkehr ersetzt werden. Sofern möglich, sollen zudem ÖPNV-Beschleunigungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Der Campusvorplatz solle als überfahrbarer Platz gestaltet werden. Es sei eine Tempo-20-Zone angedacht, um das Verkehrsaufkommen zu senken. Der Platz sei jedoch nicht Teil des Planfeststellungsverfahrens. Auf der Reitbahnstraße sollen die Haltestellen barrierefrei hergerichtet werden, sowie der ruhende Verkehr neu geordnet und Querungsmöglichkeiten für Fußgänger geschaffen werden.

Auch an der Zentralhaltestelle sollen barrierefreie Zugänge an der Bahnhofstraße errichtet werden. Hierzu laufen derzeit Abstimmungen mit dem VMS bezüglich des Fördermittelantrags.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob die Deutsche Bahn künftig den Südbahnhof über die Bernsdorfer Straße erschließen will. **Herr Gregorzyk** sagt, dass die neue zentrale Umsteigestelle in diesem Gebiet sich auf der Bernsdorfer Straße im Bereich der Brücke befinden wird, wo eine Verknüpfung zwischen SPNV, einer Buslinie und der Haltestelle am Bernsbachplatz für das Chemnitzer Modell geplant ist.

Herr Joram (Prokurist CVAG) erläutert auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)**, dass die vorgesehenen Zweisystemfahrzeuge verschiedene Ein-

- 4 -

stiegshöhen haben werden. Geplant sei ein barrierefreier Zugang an der ersten und letzten Tür. Die anderen Türen seien für den Eisenbahnbetrieb vorgesehen. **Herr Dr. Neuhaus (VMS)** ergänzt, dass die Fahrzeuglieferung für Ende 2015 vorgesehen sei. Die Fahrzeugzulassung erfolge parallel.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) begrüßt, dass der Verkehr auf der Reichenhainer Straße verringert werden soll. Er meint, dass jedoch nach diesen Plänen die Allee hätte erhalten werden können.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) findet die Ideen zur Bernsdorfer Straße positiv. Er bittet um Information zur Möglichkeit von Anwohnerparkplätzen. **Herr Gregorzyk** sagt, dass die Einrichtung von Anwohnerparkzonen an strenge StVO-Regelungen gebunden sei.

Herr Gregorzyk erläutert auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)**, dass es bezüglich der Erschließung der Reichenhainer Straße keine Einschränkungen im Vergleich zu bisher geben werde. Der Individualverkehr solle nicht komplett unterbunden werden.

Herr Gregorzyk teilt zudem mit, dass der Ausschuss im Herbst über die Details zur Betriebsdurchführung informiert werde.

6 Informationen zur neuen B174

Frau Bürgermeisterin Wesseler teilt mit, dass das Landesamt für Straßenbau und Verkehr (LASuV) mehrfach eingeladen wurde, um sich in dieser Sitzung zum Lärm und der Geschwindigkeitsregelung zu äußern, jedoch die Teilnahme abgesagt wurde.

Herr Beltrame (Bürgerinitiative „Lärmschutz B174“) kritisiert, dass nach der Anhebung der Zschopauer Straße nicht die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen erfolgt seien. Ein durchgehender baulicher Lärmschutz fehle, teilweise seien die Lärmschutzwände auf der gegenüberliegenden Straßenseite höher, sodass sich der Verkehrslärm über die stadtauswärts gesehen links stehenden Lärmschutzwände in Richtung Kleinolbersdorf-Altenhain ausbreite. Bereits in den frühen Morgenstunden wurden 60 dB gemessen. Es sei nicht das Ziel der Bürgerinitiative, Planungsfehleranträge zu stellen. Sie erwarte jedoch politische Unterstützung dabei, die Durchführung der notwendigen Lärmschutzmaßnahmen durchzusetzen.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) spricht sich für eine Senkung der Geschwindigkeitsbegrenzung aus.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) führt aus, dass die Baulastgrenze vor der Stadtgrenze liege. Normalerweise könne die Stadt als Eigentümer der Straßen eigenständig über Geschwindigkeitsfestsetzungen entscheiden; in diesem Falle könne eine verkehrsrechtliche Anordnung jedoch nur im Einvernehmen mit dem Land erfolgen. Die von der Stadt vorgeschlagene Geschwindigkeitsfestsetzung von durchgängig 70 oder 100 km/h seien vom LASuV abgelehnt worden, da es keine Änderungsnotwendigkeit sehe.

Frau Bürgermeisterin Wesseler führt aus, dass die Landesdirektion derzeit ein Verfahren nach § 75 VwVfG durchführe um zu überprüfen, ob der frühere Beschluss korrekturbedürftig sei. Die Landesdirektion werde Bescheidentwürfe an die betroffenen Bürger mit der Bitte um Stellungnahme senden und anschließend die abschließenden Bescheide erstellen. Mit einer Beendigung des Verfahrens ist bis

Mitte/Ende Juni zu rechnen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) empfindet das Verhalten des Freistaates als sehr bürokratisch. Die Absage der Teilnahme des LASuV an der Sitzung sei ungeheuerlich.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sagt, dass die Baumaßnahme noch nicht beendet sei. Man müsse im Anschluss die Prognosewerte mit den tatsächlichen Werten vergleichen. Als Sofortmaßnahme sei eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h nötig.

Herr Beltrame sagt, dass nach Aussage des LASuV eine niedrigere Geschwindigkeitsbegrenzung mit Verweis auf den teuren Ausbau der Strecke nicht eingerichtet werden könne.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) hält eine niedrigere Geschwindigkeitsbegrenzung nicht für ausreichend. Ein baulicher Lärmschutz sei nötig. Er fragt, ob die Stadt die Bürgerinitiative mit Lärmmessungen unterstützen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass eine eigenmächtige Geschwindigkeitsfestsetzung durch die Stadt problematisch sei und eine Rechtsbeugung darstelle. Sie schlägt vor, eine öffentliche Einwohnerversammlung durchzuführen, zu der auch Vertreter des zuständigen Wirtschaftsministeriums, des LASuV und der Landesdirektion eingeladen werden.

Herr Leistner (CDU-Ratsfraktion) begrüßt das Ansinnen, politischen Druck aufzubauen. Er meint, dass die Bürger im Amtsblatt auf das Verfahren der Landesdirektion hingewiesen werden sollten, damit sie die Einspruchsfrist nicht verpassen. **Frau Bürgermeisterin Wessler** sagt, dass die Landesdirektion die betroffenen ohnehin individuell anschreibt.

Herr Gregorzyk führt auf Nachfrage von **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** aus, dass die Stadt keine andere Möglichkeit hat, außer weiterhin ihre Standpunkte zu äußern und den Baulastträger zu einer anderen Stellungnahme zu bewegen.

Herr Herrmann (sachkundiger Einwohner) meint, dass populistische Aufrufe zur eigenmächtigen Geschwindigkeitssenkung durch die Stadt nicht hilfreich seien. Er fragt, was die Hauptgründe für die Ablehnung seien. **Herr Gregorzyk** antwortet, dass das LASuV aufgrund der StVO keine Notwendigkeit sieht, Sondererlasse auszusprechen.

Herr Stadtrat Ulbrich fragt, ob es möglich wäre, Messungen durchzuführen und anhand der hohen Lärmpegel eine Gefahr im Verzug zu begründen. **Herr Gregorzyk** antwortet, dass derlei Messungen keinen juristischen Wert haben.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass das während des Berufsverkehrs aufgrund des Rückstaus überhaupt keine hohen Geschwindigkeiten möglich seien. Sie meint, dass es fraglich sei, ob Änderungen an den Lärmschutzwänden zu Lärminderungen in der Ortschaft führen würde, da sich der Schall in Wellen ausbreitet.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) regt an, ein wissenschaftliches Lärmgutachten erstellen zu lassen, welches möglicherweise durch den Bund finanziert werden könne. **Frau Bürgermeisterin Wessler** betont, dass nur eine Verkehrszählung rechtlich sinnvoll sei.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass sie dem zuständigen Wirtschaftsminister des Freistaats schreiben und nochmals die Empfehlung der Stadt für die Festsetzung auf 70 km/h unterstreichen und ihn zudem zur Einwohnerversammlung einladen werde.

7 Beschlussvorlagen an den Stadtrat

- 7.1 Abwägungsbeschluss und Beschluss zur 32. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz
(Bereich ehem. Lungenheilstätte Borna und Umgebung in den Stadtteilen Borna-Heinersdorf und Wittgensdorf)
Vorlage: B-112/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stimmt dem **Punkt 1** (Anlage 1, Seite 1 der Beschlussvorlage) einstimmig (10 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung) zu.

Die Abstimmungen über die Punkte 2 a) und b) entfallen, da keine Anregungen vorliegen.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stimmt dem **Punkt 2 Buchstabe c)**

Ordn.-Nr. 17, 1. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 1 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 17, 2. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 18, 1. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 18, 2. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 3 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 19, 1. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 3 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 19, 2. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 4 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 20, 1. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 4 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 20, 2. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 5 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 21, 1. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 5 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 21, 2. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 6 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 21, 3. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 6 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

- 7 -

Ordn.-Nr. 22 (Anlage 1, Seite 7 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 23 (Anlage 1, Seite 8 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 24, 1. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 8 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 24, 2. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 9 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 25, 1. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 9 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 25, 2. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 10 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 26 (Anlage 1, Seite 11 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 27, 1. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 11 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Ordn.-Nr. 27, 2. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 12 der Beschlussvorlage) mehrheitlich (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) zu.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stimmt den Punkten 3, 4 und 5 (Anlage 1, Seite 12 der Beschlussvorlage) en-Bloc mehrheitlich (6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung) zu.

7.2 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 09/04 Wohngebiet Wieseneck, Kleinolbersdorf
Vorlage: B-106/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Frau Bürgermeisterin Wessler teilt mit, dass der Durchführungsvertrag mit dem Vorhabenträger unterzeichnet sei. Zudem weist sie auf die Stellungnahme des Ortschaftsrates Kleinolbersdorf-Altenhain hin, das Flachdach als zulässige Dachform zu streichen.

Herr Herrmann (sachkundiger Einwohner) bittet darum, das Volumen des Stauraumkanals zu prüfen. Er hält die vorgesehenen Hochwassermaßnahmen generell nicht für effizient.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) fragt, ob eine Änderung der textlichen Festsetzung in Bezug auf die Dachformen überhaupt noch möglich sei. **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** verweist darauf, dass man sich im Ausschuss bei der Behandlung des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses darauf verständigt habe, der Anregung aus dem Ortschaftsrat nicht zu folgen. Eine Änderung der textlichen Festsetzung sei nicht mehr möglich. Er empfiehlt, die Vorlage so zu belassen um das Verfahren zum Abschluss zu bringen.

Herr Stadtrat Dr. Schubert (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass er eine Einschränkung der Bauweise nicht für gerechtfertigt hält.

- 8 -

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stimmt dem Punkt 1 **Buchstabe a)** en-Bloc einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss **stimmt** dem Punkt 1 **Buchstabe b)**

Ord.-Nr. 1 (Anlage 1, Seite 5 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 14 (Anlage 1, Seite 6 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 22 (Anlage 1, Seite 6 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 24 (Anlage 1, Seite 7 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss **stimmt** dem Punkt 1 **Buchstabe c)**

Ord.-Nr. 5 (Anlage 1, Seite 8 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 20 (Anlage 1, Seite 8 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 22, 1. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 8 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 22, 2. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 9 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 23 (Anlage 1, Seite 9 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 26 (Anlage 1, Seite 10 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 27, 1. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 10 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 27, 2. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 10 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 27, 3. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 11 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Ord.-Nr. 28 (Anlage 1, Seite 11 der Beschlussvorlage) einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stimmt den Punkten 2, 3 und 4 (Anlage 1, Seite 11 der Beschlussvorlage) en-Bloc einstimmig (12 Ja-Stimmen) zu.

7.3 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 06/07 "Lug ins Land"
Vorlage: B-138/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) nimmt Stellung zu dem offenen Brief eines Bürgers. Er weist darauf hin, dass dessen frühere Schreiben in die Abwägung eingegangen seien. Anhand einer Karte zeigt er die vorgesehene Verbreiterung einer Straße, die bereits Bestandteil der Auslegung war, und schlägt auch vor, dies so zu belassen. Er macht zudem darauf aufmerksam, dass der Bürger gar nicht vom Bebauungsplan betroffen sei, da ein Teil des Gebietes vom Satzungsbeschluss ausgeschlossen sei.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) meint, dass die Thematik im Wesentlichen ausdiskutiert sei. Nur einige Detailfragen, beispielsweise zum Niederschlagswasser, seien noch offen.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) entgegnet, dass die bisherigen Entscheidungen stets sehr knapp waren. Er fragt, welche Kosten für den 1. Bauabschnitt entstehen. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** antwortet, dass für den 1. Bauabschnitt keine Kosten anfallen, da der Schmutzwasserkanal schon vorhanden ist.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) betont, dass der Ortschaftsrat der Beschlussvorlage zugestimmt habe.

Herr Herrmann (sachkundiger Einwohner) meint, dass auch im 1. Bauabschnitt Kosten auf die Stadt zukommen werden. Die Stadt schaffe sich selbst ein unnötiges Problem bei der Bestätigung der Beschlussvorlage. **Herr Butenop** spricht zur Historie der Beratungen im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu dieser Thematik, bei denen hervorging, dass es einen grundsätzlichen politischen Willen gab, das Verfahren auch mit einem Satzungsbeschluss zum Ende zu bringen.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) meint, dass auch eine klare Aussage, dass keine Bebauung gewollt sei, ein klares Ende darstellt.

Herr Stadtrat Dr. Schubert (CDU-Ratsfraktion) spricht sich dafür aus, das Baurecht im 1. Bauabschnitt zu schaffen.

Herr Herrmann fragt, warum hier der ESC Geld investiert bevor eine Entscheidung zum Bebauungsplan getroffen wurde. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** entgegnet, dass diese Frage im Betriebsausschuss gestellt werden müsse.

Herr Butenop weist abschließend darauf hin, dass die Abstimmung im Ortschaftsrat Wittgensdorf aus formellen Gründen wiederholt werden müsse. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** fügt hinzu, dass die Sachinformationen, die der Ortschaftsrat erhielt, jedoch richtig waren.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss lehnt den Punkt 1 **Buchstabe a)**

en-Bloc bei Stimmengleichheit (6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen) ab.

Die Abstimmung über Punkt 1 b) entfällt, da keine Anregungen vorliegen.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss lehnt den Punkt 1 **Buchstabe c)**

Ord.-Nr. 1, 13 (Anlage 1, Seite 14 der Beschlussvorlage) bei Stimmengleichheit (6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen) ab.

Ord.-Nr. 32 (Anlage 1, Seite 15 der Beschlussvorlage) bei Stimmengleichheit (6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen) ab.

Ord.-Nr. 14, 17, 27 (Anlage 1, Seite 15 der Beschlussvorlage) bei Stimmengleichheit (6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen) ab.

Ord.-Nr. 18 (Anlage 1, Seite 17 der Beschlussvorlage) bei Stimmengleichheit (6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen) ab.

Ord.-Nr. 12 (Anlage 1, Seite 17 der Beschlussvorlage) bei Stimmengleichheit (6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen) ab.

Ord.-Nr. 17, 27, 29, 31 (Anlage 1, Seite 18 der Beschlussvorlage) bei Stimmengleichheit (6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen) ab.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss lehnt den Punkt 2 (Anlage 1, Seite 19 der Beschlussvorlage) bei Stimmengleichheit (6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen) ab.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss lehnt den Punkt 3 (Anlage 1, Seite 19 der Beschlussvorlage) bei Stimmengleichheit (6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen) ab.

8 Beschlussvorlagen an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

- 8.1 Aufstellungsbeschluss zur Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 93/34 "Wohnpark Reichenhain"
Vorlage: B-116/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

- 8.2 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 14/06 Gewerbegebiet Goethestraße
Vorlage: B-120/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

- 8.3 Aufstellungsbeschluss zur Ergänzungssatzung Nr. 14/05 Zschopauer Straße, Einsiedel/Altenhain
Vorlage: B-121/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

- 8.4 Aufstellungsbeschluss zur 1. Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 01/08 "An der Aue"
Vorlage: B-139/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

- 8.5 Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01/08 "An der Aue"
Vorlage: B-025/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

- 8.6 Aufstellungsbeschluss zur Ergänzungssatzung Nr. 14/03 Am Frankebach, Einsiedel
Vorlage: B-056/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

- 8.7 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.
14/04 Sondergebiet Solarpark Annaberger Straße, Harthau
Vorlage: B-123/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

- 8.8 Einleitungsbeschluss zum städtebaulichen Rahmenplan "Bahnhofsareal Altendorf"
Vorlage: B-137/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

- 8.9 Sanierung der Empore in der 50-m-Halle im Stadtbad Chemnitz, Mühlenstraße 27
Vorlage: B-122/2014 Einreicher: Dezernat 1/SE 17
-

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) fragt, welche Baumaßnahmen am Stadtbad noch durchzuführen sind. **Herr Schubert (Leiter SE 17)** sagt, dass man bei einem opulenten Gebäude dieser Art keine Aussage dazu treffen könne.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die Deckungsquelle und fragt, wie es möglich sei, derart viele Mittel beim Bauunterhalt zu sparen. **Herr Schröder (Abteilungsleiter Abt. 52.3)** antwortet, dass bei den Baumaßnahmen an den Lüftungsanlagen bereits Bestandsleitungen ausgebaut werden konnten, so dass ein finanzielles Polster entstanden sei, welches nun umverteilt werden konnte.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) ist verwundert, dass man die Sanierungsbedürftigkeit der Empore nicht schon früher erkannt habe. **Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** sagt, dass die Empore für sie keine Priorität habe; andere Bäder seien wichtiger. **Herr Schubert** betont, dass die Sanierung nicht aus optischen Gründen erfolgen soll, sondern aufgrund von Brandschutzbestimmungen.

Herr Schubert (Leiter SE 17) stellt auf Nachfrage von **Frau Bürgermeisterin Wesseler** klar, dass es sich bei der Beschlussvorlage um einen Baubeschluss als Erweiterung einer bestehenden Maßnahme handelt. **Herr Schröder** ergänzt, dass es sich bei den angegebenen Werten in der Beschlussvorlage um Netto-Werte handelt. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** bittet, künftig die Terminologie der DA 6001 zu beachten.

Beschluss B-122/2014

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt die Erweiterung der Baumaßnahme „Erneuerung der Lüftungsanlagen im Stadtbad Chemnitz“, Vorlage B-216/2012, um zusätzliche Leistungen für die Sanierung der Empore in der 50-m-Halle im Stadtbad Chemnitz.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)

-
- 8.10 Baubeschluss zur Umgestaltung des Wilhelm-Külz-Platzes
-

Herr Börner (amt. Amtsleiter Amt 67) erläutert, dass der Platz derzeit keine Funktion habe, aber dennoch gepflegt werden müsse. Nach der Umsetzung der Baumaßnahme erhöhen sich die Pflegekosten nicht.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob die Fördermittel bereits genehmigt wurden. Herr Börner bejaht dies.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) kritisiert, dass die Anwohner nicht in die Planung einbezogen wurden. Er hält die Planung nicht für ausgereift.

Herr Leiste (Planungsbüro) erläutert die Planung anhand einer Karte und weist insbesondere auf die angedachten Wegeverbindungen hin, die aus den bereits entstandenen Laufwegen resultieren.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) findet die Planung inhaltlich in Ordnung, bittet aber auch darum, künftig die Bürger zu beteiligen. **Herr Herrmann (sachkundiger Einwohner)** ergänzt, dass klar geregelt werden müsse, bei was die Bürgerplattformen einbezogen werden. **Herr Weber (sachkundiger Einwohner)** verteidigt das Planungsbüro und sagt, dass die Planer jederzeit mit den Bewohnern des Brühls in Kontakt stehen.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) fragt, ob die Maßnahme im Grundsatzbeschluss enthalten war. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** bejaht dies.

Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) möchte wissen, ob die Barrierefreiheit bei der Verwendung des historischen Pflasters gegeben sei. **Herr Leiste** sagt, dass es sich hierbei um Kleinsteinpflaster, zwischen dem es nur kleine Fugen gibt.

Beschluss B-015/2014

Die Umsetzung der Baumaßnahme „Wilhelm-Külz-Platz“ wird bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(11 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

8.11 Baubeschluss "Chemnitz-Uferpark, Bereich Moritzpark"
Vorlage: B-014/2014 Einreicher: Dezernat6/Amt67

Herr Börner (amt. Amtsleiter Amt 67) sagt, dass die gegenwärtige Nutzung der Fläche nicht zukunftsfähig sei. Zudem sei nach der Aufdeckelung der Chemnitz eine hochwertige Grünanlage nötig.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) fragt, was mit dem derzeit vorhandenen Sichtschutz geschehen wird. **Frau Staudte (Planungsbüro)** sagt, dass der Erdwall verschwinden werde. Sie bestätigt auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** auch, dass Fahrradständer geplant seien.

Herr Herrmann (sachkundiger Einwohner) möchte wissen, ob die Abstimmung mit der Landestalsperrenverwaltung erfolgt sei. **Frau Staudte** antwortet, dass dies im Zuge der Planung geschehen werde. Sie ergänzt, Bezug nehmend auf eine Frage von **Herrn Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion)**, dass die vorhandenen Hochwasserschutzmaßnahmen von der Baumaßnahme nicht berührt seien.

Beschluss B-014/2014

Die Umsetzung der Baumaßnahme „Moritzpark und Uferstrand“ wird bestätigt.

Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt unter Vorbehalt des Erlasses der Haushalts-
satzung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(12 Ja-Stimmen)**

9 Informationsvorlage an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

Übersicht über alle durchgeführten Vergaben nach VOB, VOL und VOF für das
Jahr 2013 getrennt nach Stadt Chemnitz und städtische Beteiligungsgesellschaften
Vorlage: I-015/2014 Einreicher: Dezernat 3/Amt 30

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keinen Verhandlungsbedarf.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss **nimmt** die Informationsvorlage
Nr. **I-015/2014 zur Kenntnis.**

10 Verschiedenes

10.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Die Ausschussmitglieder erhalten eine Broschüre zur Elektrifizierung der Sachsen-
Franken-Magistrale ausgereicht.

Es gibt keine weiteren Informationen seitens der Verwaltung.

10.2 Fragen der Ausschussmitglieder

- **Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** fragt, wann die Stadträte die
Stellungnahme der Stadt Chemnitz zum Bahnprojekt Reichsbahnbogen zur
Kenntnis erhalten. **Frau Bürgermeisterin Wesseler** sagt, dass die Stellung-
nahme derzeit vorbereitet werde.
- **Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)** fragt, ob eine Stellplatzsatzung für
Campingwagen in Arbeit sei. Zudem spricht sie an, dass einige Mitglieder des
Behindertenbeirates während einer Beiratssitzung ihr Auto hinter dem Rathaus
geparkt haben und einen Strafzettel erhalten haben. Sie bittet darum, für die
Zukunft eine Regelung zu finden.
- **Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** möchte wissen, wie der Stand bezüglich
der Brücke über die Chemnitz an der Zwickauer Straße sei. **Herr Gregorzyk
(Amtsleiter Amt 66)** antwortet, dass es derzeit keine Planungsaktivitäten gebe.
- **Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion)** bittet darum, dass die Ampelschal-
tung an der Kreuzung Südring/Wladimir-Sagorski-Straße überprüft wird, da es
hier zunehmend zu Staus kommt. **Herr Gregorzyk** sichert dies zu, weist aber
darauf hin, dass es im Tiefbauamt dafür derzeit keine Kapazitäten gibt.
- **Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** bittet zu prüfen, ob es zulässig sei, dass
öftmals dauerhaft mehrere LKW auf der Charlottenstraße zwischen

Reineckestraße und Kreherstraße dauerhaft parken.

- **Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** möchte wissen, welche Autos die Stadtverwaltung im Jahr 2014 anschafft und welche Mittel dafür eingesetzt werden.

Frau Bürgermeisterin Wessler sichert eine Beantwortung bzw. Weiterleitung der unbeantworteten Fragen an die zuständigen Dezernate zu.

- 11 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** und **Herr Stadtrat Dr. Schubert (CDU-Ratsfraktion)** bestimmt.

* * *

Frau Bürgermeisterin Wessler schließt die Sitzung.

21.05.2014 *Wessler*
Datum Wessler
Vorsitzende
des Ausschusses

21.05.2014 *Scherzberg*
Datum Scherzberg
Mitglied
des Ausschusses

21.05.2014 *Schubert*
Datum Dr. Schubert
stellv. Mitglied
des Ausschusses

16.05.2014 *Haase*
Datum Haase
Schriftführer